

## Hellmut G. Haasis Alles für die Katz und kalter Kaffee?

Während der diesjährigen Erinnerungsfeiern tönt es fast unisono: Alles verwirklicht, wofür die 1848er Demokraten stritten und litten. Unlängst proklamierten die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, *das Erbe der Revolution* sei verwirklicht.

Ein Irrtum, der uns noch lange nachschleichen wird. Halten wir uns lieber an das Offenburger demokratische Programm (1847), das sich schon vorgebildet findet beim Hambacher Johann Georg August Wirth und das noch ältere Wurzeln hat in der Französischen und Amerikanischen Revolution.

Die «Offenburger Forderungen» begannen 1847 mit *unseren unveräußerlichen Menschenrechten*, die nie definiert wurden, nicht eingrenzbar sind und sich in einer nicht abgeschlossenen Entwicklung befinden. Ein offenes Feld für die Zukunft, wenn wir die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit ins Auge fassen. Soziale Forderungen gab es schon vor 1848, in Frankfurt wurden sie verdrängt, wirkten aber untergründig weiter. Wirth forderte zur Zeit des Hambacher Festes (1832) eine völlige Befreiung der Armen von Steuern aller Art. Zu unserer Zeit werden ungeniert die indirekten Steuern und die Gebühren ständig angehoben.

Pressefreiheit: *das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmelt mitzuteilen* (Offenburg, Artikel 2). Wer behauptet, diese Idee sei realisiert, muß einen starken Glauben haben. Wer sich heute im Mediensektor *unverstümmelt* ausdrücken will, sollte einige Millionen Mark mitbringen, einen Konzern hinter sich haben und über reichlich Einfluß im Parteienstaat verfügen. Angesichts weniger marktbeherrschender Medienbetriebe sind die Pressionen auf Außenseiter ruinös. Bei der Pressefreiheit wollen wir die «innere Pressefreiheit» nicht vergessen, die Freiheit des abhängigen Journalisten, eine andere Meinung als Chef und Besitzer zu publizieren.

In einer fast gewalttätig expandierenden Mediengesellschaft hat die Zensur neue, raffiniertere Formen angenommen: schier grenzenlose Überflutung mit «Entertainment», «Erlebniskultur», eiligen Angeboten, modischer Oberflächlichkeit, Fun, Zwang zur Fröhlichkeit. Das wenige sperrige, den herrschenden Zuständen unbequeme Gedankengut hat keine Chance mehr, braucht also gar nicht mehr verboten werden; der «Markt» besorgt das schon alleine. Angesichts der nicht mehr kontrollierbaren Gewalt aller Medien wäre eine Enteignung und gesellschaftliche Kontrolle der Medienkonzerne eine Diskussion wert.

*Wir verlangen Gewissens- und Lehrfreiheit* (Offenburg, Artikel 3): Freie Schulen der Eltern haben durch Entzug von Steuermitteln keine Chancen. Noch nicht realisiert ist die Entprivilegierung der christlichen Kirchen. Auch «ein altes Erbe», staatliche Zahlungen an die Kirchen, gehen noch auf Napoleons Zeit zurück.

*Das Vereinsrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Volkes, sich zu versammeln und zu reden* (Offenburg, Artikel 5). Alles verwirklicht? Wer sich darum kümmert, aufmüpfige Versammlungen zu organisieren, weiß ein Lied zu singen von Nachteilen, Schikanen, Bedrohungen, Zermürbungstaktik bis zur Observierung.

In Offenburg forderte man ein Milizheer (Artikel 7). Die Schweizer kamen damit weit, allerdings nicht bis nach Moskau, Norwegen, an den Atlantik und nach Nordafrika. Recht so. Von ihnen könnten wir viel lernen.

Auf dem Offenburger Programm stand weiter *eine gerechte Besteuerung*, mit einer *progressiven Einkommenssteuer* (Artikel 9). Wir sehen tatenlos zu, wie dieses Rad der 48er Revolution zurückgedreht wird. Die Reichen zahlen heute im Durchschnitt nur 10% Steuern, keineswegs den fiktiv gewordenen hohen Prozentsatz, von dem sich jeder leicht und legal entlasten kann.

*Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen* (Artikel 10). Die Arbeitslosen wissen, daß bis dorthin noch ein weiter Weg ist. Gegen Ende wird das Offenburger Programm explosiv. *An die Stelle der Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volks* (Artikel 12). Damit sind wir beim Gehalt der Demokratie. Das viel malträtiertere Wort bedeutet Herrschaft des Volks. Wo, bitte, soll die heute sein? Wohin wir schauen, sind andere an den Machthebeln, nur nicht das Volk. Daß das (Wahl-) Volk mit gelegentlichen Kreuzen auf Papier die Macht ausübt, ist so verlogen wie einst das Märchen der DDR, die Betriebe wären «Volksbesitz».

Also war die 48er Revolution doch für die Katz? Mitnichten, sie ist in ihrer Substanz weiterhin aktuell. Die Niederlage der 48er brachte die Preußen weit in den Süden, bis an den Hochrhein. Von da an war die Entwicklung Deutschlands von Preußen dominiert, einem antidemokratischen Bollwerk. Das Wahlrecht wurde mit der Dreiklasseneinteilung kastriert, das Versammlungsrecht unterdrückt, wenn's ernst wurde. Die Verfassung von 1871 schuf eine Kanzlerdiktatur, die ohne das Parlament auskommen konnte. Statt eines relativ friedlichen Mi-

lizheeres kam der wilhelminische Imperialismus, der einen Scherbenhaufen hinterließ.

Am Verfassungserbe der 48er orientierte sich die Weimarer Verfassung, deren Freiheitsrechte leider die Mehrheit bald nicht mehr wollte. 1949 ein erneuter Anlauf, wieder mit der Verfassung der Paulskirche vor Augen. Auch im Grundgesetz gelten die Menschenrechte als unveräußerlich. Durch die ständigen Einschränkungen – es dürften inzwischen einige hundert sein – sind sie ausgehöhlt wie ein Schweizerkäs. Noch immer lauert im Hintergrund eine Notstandsverfassung (1968), die alle Grundrechte beseitigen kann, von Putschisten als Einstiegsloch verwendbar.

Nach dem Fall der Mauer kam eine neue Verfassungsbewegung in Gang, die alte demokratische Ideen aufgriff: mehr direkte Demokratie, Einführung des Referendums in die Verfassung und mehr. Wieder wurde alles zerredet, aber die Impulse sind noch lebendig. Die Erinnerung an die demokratische Revolution wäre eine günstige Gelegenheit, eine kritische Revision noch nicht eingelöster demokratischer Grundideen und Forderungen vorzunehmen. Eine riesige Arbeit, die nur viele, sehr viele leisten könnten. Und das wäre schon ein gutes Stück Demokratie, Herrschaftsantritt des Volkes in Worten, dann in Taten.

**Republikaner.** In der 48er Revolution kamen viele politischen Schlagworte erstmals unters Volk. Sie waren deshalb noch nicht so klar abgegrenzt, wie wir uns das heute vorstellen. Wer eine Republik anstrebte, wollte ohne einen Monarchen leben. Aber zur Not duldeten man ihn als Repräsentationsfigur. Unverzichtbar für Republikaner: Die Verantwortung liegt beim Parlament, die Minister haben sich

ihm unterzuordnen, niemandem anderen. Wenn die Fürsten sich widersetzen, sind sie mit der bewaffneten Macht des Volks zu stürzen. Hier lag die Berechtigung der vielen Aufstände, vom Heckerzug über Struves Lörracher Republik und die Erhebung von Wien Oktober 1848 bis zur dritten badischen Revolution 1849.

**Liberale.** Ursprünglich waren damit alle Oppositionellen des Vormärz gemeint, deren größte Demonstration auf dem Hambacher Fest (1832) stattfand. Im Exil zerfiel die Einheit. Der bürgerliche Flügel blieb bei der Hauptforderung Pressefreiheit, die Radikalen zielten auf wirkliche Volksherrschaft ab, arbeiteten auf eine Revolution hin und griffen soziale Fragen auf.

**Demokraten.** Gemeint war die Vertretung des Volkswillens durch Abgeordnete. Außerparlamentarische Ideen kamen auf, als die Paulskirche auf der Stelle trat. In Frankfurt fiel die Einheit auseinander, als die Gemäßigten, die «Realpolitiker», unverlangt Zugeständnisse an die demokratie- und revolutionsunwilligen Fürsten machten. Je mehr sie von der Idee des Volkswillens preisgaben, desto mehr zerfiel das Parlament in Fraktionen, bis zur Handlungsunfähigkeit. So blieb die demokratische Idee auf der Linken, wobei nur die radikale Linke, die «Donnersberg-Fraktion», mit der politischen Entwicklung Schritt hielt.

**Konstitutionell.** Heißt verfassungsmäßig. Darunter verbarg sich immer mehr die Rechte, die sich dem Willen der Fürsten weitgehend unterordnen wollte, um wenigstens die nationale Einheit zu retten. Faktisch wurden sie immer mehr Monarchisten, nannten sich bevorzugt «vaterländisch» und setzten auf die Ermüdung des Volks. Aber Preußen respektierte nicht einmal diese Selbstdemütigung.



«Neckar-Dampfschiff», das Blatt der Heilbronner Demokraten.